

„Jeder soll einen Einwand einreichen“

STROMLEITUNG Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ fordert zum Widerstand auf

Gegner der Eon-Freileitung informiert in Hengsterholz das Landvolk. Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Thorsten Thümler bat die Bürger um Unterstützung.

VON JAN KUHLMANN

HENGSTERHOLZ/HARPSTEDT – „Jeder Bürger sollte einen Einwand einreichen.“ – Diese Aufforderung richteten am Sonnabend Frank Windhorst und Jens Kammann von der Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ an die etwa 100 Zuhörer im Sportheim in Hengsterholz. Die beiden Colnader informierten auf Einladung des Landvolks die Bewohner von Hengsterholz über den geplanten Bau einer 380-Kilovolt-Stromfreileitung der Eon von Gandeksee nach St. Hülfe.

Nach Auffassung der Interessengemeinschaft wäre eine solche Freileitung mit erheblichen Nachteilen für die Bevölkerung verbunden: Zum einen verschandele sie die Landschaft und entwerte die Grundstücke, zum anderen



Frank Windhorst (vorne) informiert gemeinsam mit Jan Kammann das Landvolk von Hengsterholz über die Auswirkungen der geplanten Stromfreileitung der Eon und über die Möglichkeiten des Widerstandes gegen das Vorhaben.

BILD: JAN KUHLMANN

könnten die elektromagnetischen Felder der Freileitung die Anwohner gesundheitlich gefährden. Die Interessengemeinschaft fordert daher, die Leitung unter der Erde als gasisoliertes Leitungssystem zu verlegen.

Bis zum 10. Februar liegen die Antragsunterlagen der Eon in den Rathäusern aus.

Bis dahin können Bürger gegen die Planungen Einspruch einlegen. Wichtig sei, dass jeder Bürger seine Bedenken in eigene Worte fasse, damit sich die Genehmigungsbörde mit jedem Einspruch individuell befassen müsse.

Dies könnten zum Beispiel Grundstückseigentümer sein, die ihren Grund und Boden

nicht für die Trasse hergeben wollten, oder Anwohner, die ihre Lebensqualität beeinträchtigt sähen.

„Jeder Einspruch hilft uns Politikern im Kampf gegen die Freileitung“, forderte der Landtagsabgeordnete Thorsten Thümler (CDU) die Zuhörer auf. Man habe es hier mit einem Großkonzern zu tun,

da tue sich sogar eine Landesregierung schwer, sagte er. Nur wenn möglichst viele Bürger Einspruch einlegten und Mitglied der Interessengemeinschaft würden, könnten sich die Politiker gegen die Macht der Eon durchsetzen.

@ Mehr Infos unter www.vorsicht-hochspannung.com